

Dicke, Hugo; Glismann, Hans H.

Working Paper

Vom Elend der Konjunkturprognosen

Research Notes, No. 15

Provided in Cooperation with:

Deutsche Bank Research, Frankfurt am Main

Suggested Citation: Dicke, Hugo; Glismann, Hans H. (2004) : Vom Elend der Konjunkturprognosen, Research Notes, No. 15, Deutsche Bank Research, Frankfurt a. M.

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/21877>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



3. November 2004

Nr. 15

Research Notes

Working Paper Series

Vom Elend der Konjunkturprognosen

Ausgehend von neueren Befunden über die unzureichende Treffsicherheit und zunehmende Verzerrtheit der Konjunkturprognosen des Sachverständigenrats und eines führenden Wirtschaftsforschungsinstituts in den Jahren nach 1989 wird der These nachgegangen, dass staatlich finanzierte Konjunkturforschung gleichwohl privater Konjunkturforschung hinsichtlich Treffsicherheit und Unverzerrtheit überlegen ist. Der zur Überprüfung der These verwendete Datensatz umfasst die Prognosewerte und Prognosefehler von fünf staatlich finanzierten Einrichtungen – vier große Wirtschaftsforschungsinstitute sowie Sachverständigenrat – und von fünf großen Privatbanken, beginnend mit dem Jahr 1989.

Die These von der Überlegenheit staatlich finanzierter Konjunkturforschung kann weder in Bezug auf die Treffsicherheit noch in Bezug auf die Unverzerrtheit bestätigt werden. Die insgesamt unzureichende Qualität der Prognosen beider Gruppen bleibt freilich erklärungsbedürftig. Denn die gängigen Apologien – Globalisierung und Wiedervereinigung – halten einer Überprüfung durch die Autoren nicht stand.

Hugo Dicke, +49 431 8814-278 (hdicke@ifw.uni-kiel.de)

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Hans H. Glismann, +49 431 581251



Advisory Committee

Dr. Peter Cornelius
Shell International

Prof. Soumitra Dutta
INSEAD

Prof. Dr. Michael Frenkel,
WHU Koblenz

Prof. Dr. Helmut Reisen,
OECD Development Centre

Prof. Dr. Norbert Walter
Deutsche Bank Research

Deutsche Bank Research
Frankfurt am Main
Deutschland

Internet: www.dbresearch.de

E-Mail: marketing.dbr@db.com

Fax: +49 69 910-31877

DB Research Management

Norbert Walter

Vom Elend der Konjunkturprognosen

Von

Hugo Dicke und Hans H. Glismann*

Die Autoren bedanken sich für die hilfreichen Kommentare zweier Referees,
Herrn Dr. Peter Cornelius, Shell International, und
Herrn Stefan Schneider, Deutsche Bank Research.

* Dr. Hugo Dicke, 62, ist und Dr. Hans H. Glismann, 63, war Forschungsgruppenleiter am
Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel.

Die Finanzplanung des Bundes musste in den letzten Jahren des Öfteren korrigiert werden, weil die Entwicklung des Haushalts aufgrund falscher Konjunkturprognosen auf der Einnahmenseite überschätzt und auf der Ausgabenseite unterschätzt wurde. Für den Bundesminister der Finanzen war dies in mehrfacher Hinsicht peinlich. In Brüssel, im Ministerrat (ECOFIN), musste er einen blauen Brief wegen eines Verstoßes gegen den Stabilitäts- und Wachstums-pakt abwehren. In Berlin, im Deutschen Bundestag, musste er sich vor dem Ersten Untersuchungsausschuss der 15. Wahlperiode (sogenannter Lügenausschuss) dem Vorwurf bewusster Fehlinformation stellen. Der Minister konnte allerdings darauf verweisen, dass er seine Planungen auf Prognosen renommierter Einrichtungen gestützt hat. Bei diesen Einrichtungen handelte es sich um den Rat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Sachverständigenrat) und die sechs staatlichen Wirtschaftsforschungsinstitute.

Das Elend unzureichender Treffsicherheit

Der Nimbus staatlicher Konjunkturprognosen hat freilich in jüngerer Zeit etwas an Leuchtkraft verloren¹: So wurde in zwei Beiträgen gezeigt, dass der wissenschaftlich-technische Fortschritt die Treffsicherheit von Konjunkturprognosen in den letzten vierzig Jahren nicht verbessert hat (Dicke, Glismann [DG] a und b). Außerdem fanden sich Hinweise, dass es in den letzten zehn Jahren beim Sachverständigenrat an weiteren Merkmalen der Prognosequalität, nämlich an der Unverzerrtheit und an der Theoriegebundenheit der Prognosen, gemangelt hat.

Allerdings gab es aus dem Kreis des Sachverständigenrats Kritik an dieser Kritik, vor allem an dem empirischen Befund von der fehlenden Verbesserung der Prognosegüte (nicht aber an dem Befund mangelnder theoretischer Fundierung). Von den kritischen Einwänden gegen diesen Befund (z.B. Weidmann 2002) sind drei besonders gewichtig:

(a) die zunehmende Globalisierung erschwere die Konjunkturprognosen,

¹ Besondere Beachtung fand, dass der Zuwachs des BIP für das Jahr 2002 durch den SVR um das Vierfache überschätzt wurde. Überspitzt formuliert könnte man fragen, ob diese Überschätzung wirklich auf Irrtum beruhte oder dem Bestreben des Bundesfinanzministers nach einem wenigstens a priori ausgeglichen Haushaltsvoranschlag Reverenz erwies. Eine vergleichbare Überlegung drängt sich auf angesichts des „politischen Bias“ (DG, 2002,b) der SVR-Prognosen der letzten zehn Jahre. Auch die unglaublichen Fehleinschätzungen zum „Aufschwung Ost“ von Horst Siebert (1990) wären hier einzuordnen: Statt der von ihm für möglich gehaltenen Zuwachsraten zwischen +10 und +25 Prozent im ersten Jahr und +10 bis +20 Prozent im zweiten Jahr gab es tatsächlich Änderungsraten von – 15,6 Prozent im ersten Jahr und –19,2 im zweiten Jahr.

(b) die wirtschaftlichen Auswirkungen der Wiedervereinigung Deutschlands seien nicht vorhersehbar gewesen und

(c) einen wissenschaftlich-technischen Fortschritt gebe es bei Prognosen nicht.

Diese Einwände akzeptieren offensichtlich den Befund von Dicke/Glismann, suchen ihn aber mit Erschwerissen (a und b) oder mit der Behauptung einer Fortschrittsimmunität der Prognosetätigkeit (c) zu entschuldigen.

Zu (a): Versteht man unter Globalisierung² die Integration der Weltwirtschaft nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“, d.h. die realwirtschaftlichen Folgen des Abbaus von natürlichen und künstlichen Hemmnissen für den grenzüberschreitenden Verkehr von Waren und Diensten, Kapital und Menschen, dann ist das Argument von der erschwerten Prognosetätigkeit nicht einleuchtend. Denn die Verflechtung der deutschen Volkswirtschaft mit der Weltwirtschaft hat in den ersten Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stärker zugenommen als in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts: Beispielsweise stieg die Außenhandelsquote allein in den siebziger Jahren doppelt so rasch wie in den neunziger Jahren. Mit anderen Worten: Die Globalisierung im güterwirtschaftlichen Sinne hat im Zeitverlauf eher an Dynamik verloren. Anders mag die Entwicklung auf den internationalen Kapitalmärkten gewesen sein. Unklar bleibt freilich, welcher theoretische Zusammenhang zwischen Globalisierung und Prognosequalität gesehen wird. Dass die Globalisierung die Konjunkturprognosen erschwert, ist eigentlich nur möglich, wenn die Schwankungen der Konjunktur dadurch heftiger werden oder wenn die ausländischen Einflussfaktoren der Konjunktur bedeutsamer werden und gleichzeitig schwerer einzuschätzen sind. Das erste Argument steht freilich im Widerspruch zur Wirklichkeit, denn das Ausmaß der Konjunkturschwankungen ist im Verlauf der Debatte um die Globalisierungsfolgen nicht gestiegen, sondern gesunken (DG b, S. 739 f.). Ist es etwa diese Globalisierungswirkung die nicht vorausgesehen wurde? Was das zweite Argument anlangt, so bewirkt eine Globalisierung, die die Zahl der Akteure erhöht, aufgrund des abnehmenden Gewichts einzelner Akteure zwangsläufig eine größere Stabilität, und damit Vorhersehbarkeit. Der Internationale Währungsfonds sieht das ähnlich: „...benefits from opening up to the rest of the world are greatest in terms of reduced macroeconomic volatility and

² In den sechziger Jahren definierte Rudi Dutschke die Globalisierung als „Ausdruck des internationalen Kampfes für Solidarität mit den antikolonialen Bestrebungen in Afrika, Asien und Lateinamerika“ (Hübner 2003, S. 1).

fewer financial crises ... Theoretically there is also a fairly clear link" (IMF, September 2002, S. 2). Wenn allerdings mit der Globalisierung eine weltweite Kartellierung verbunden wäre, also eine Rückgang der Wettbewerbsintensität stattfände, könnten makroökonomische Schwankungen zunehmen (was aber nicht geschehen ist) und Prognosen schwieriger werden. Eine solche Wirkung der Globalisierungsfolgen, wenn sie denn von den Prognostikern antizipiert wurde, brächte diese Analysten mit ATTAC³ in ein Boot; auch Attac hält die Kartellhypothese für überlegen. Doch, wie gesagt, die Wirklichkeit der Konjunkturschwankungen sieht anders aus. Solange die These kontrafaktisch ist, bleibt sie daher ohne Relevanz.

Zu (b): Das Wiedervereinigungsargument taugt allenfalls als ein weiterer Beleg für die negativen Folgen fehlender theoretischer Fundierung von Prognosen. Dies gilt beispielsweise für die anfänglich beliebte Analogie zwischen der Wiedervereinigung und dem „Wirtschaftswunder“ nach 1949 (Siebert, 1990, S. 21): Hier wie dort war der Kapitalstock zerstört oder nicht vorhanden, und hier wie dort gab es ein – an internationalen Maßstäben gemessen – gut ausgebildetes Arbeitskräftepotential. Durch Vergrößerung des Kapitalstocks („Engpassinvestitionen“) würde es zu einem starken Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion kommen, so die naive Wachstumstheorie, die im Jahr 1990 eigentlich schon längst überwunden war. Doch worauf es zunächst und vor allem ankommt, ist das Arbeitsethos von Arbeitskräften und Investoren – was Schumpeter (1954) die „attitudes“ nannte - sowie die ökonomischen Anreize zu arbeiten und zu investieren. Die „attitudes“ aber waren nach dem Ende des zweiten Weltkrieges in Westdeutschland ganz andere als in der DDR nach ihrem Ende, und ökonomische Anreize, wie sie nach 1949 fraglos vorhandenen und wirksam waren, wurden nach 1990 durch eine Vielzahl von Rechtsvorschriften („Einigungsvertrag“) und durch hohe Finanztransfers von West nach Ost abgeschwächt. Und wie das Argument von der Globalisierung ist auch das Argument von der Unvorhersehbarkeit der Folgen der Wiedervereinigung kontrafaktisch. Dies zeigen die überdurchschnittlichen Fehlprognosen des Sachverständigenrates – wie auch der Forschungsinstitute – für die letzten Jahre; denn die Wiedervereinigung hätte nur überdurchschnittliche Fehler in einem kurzen Zeitraum nach diesem Ereignis rechtfertigen

³ Es handelt sich um eine Abkürzung von: Action pour une taxe Tobin d'aide aux citoyens. Die Gründung von Attac geht auf einen Artikel von Ignacio Ramonet in der Le Monde Diplomatique vom Dezember 1997 zurück. Unter der Überschrift "Entwaffnet die Märkte" stellte er die Vorherrschaft der Finanzmärkte und den ungehinderten Fluss von Kapital weltweit als eine Bedrohung für die Demokratie, die Stabilität der Staaten und das Wohlergehen der Völker dar. Er propagierte die Einführung der sogenannten Tobin-Steuer, mit der die Kapitalströme belastet werden sollten. Von dieser Steuer erhoffen sich die Anhänger die Eindämmung spekulativer Finanztransaktionen.

können, etwa weil die Unvollkommenheiten der Statistik über die neuen Bundesländer zu groß waren oder weil die Prognosemodelle noch nicht hinreichend angepasst waren. Da aber die Fehlprognosen lange Zeit nach einer konzедierbaren Anpassungsperiode weiter zunahmen, muss man Defizite in den theoretischen Grundlagen der Prognosen des Sachverständigenrats vermuten.

Zu (c): Die Verbesserung von Prognosen aufgrund von wissenschaftlich-technischem Fortschritt (wtF) setzt in der Tat voraus, dass entweder das theoretische Wissen über die Konjunktur oder die Information über das wirtschaftliche Geschehen besser wird. Eine weitere Voraussetzung besteht darin, die Eignung der Information für die Verarbeitung mit konjunkturtheoretisch fundierten Modellen zu verbessern – analog der Nahrung, deren Verdaulichkeit im menschlichen Organismus sukzessive erhöht wird. Festzustellen ist, dass das Raffinement der makroökonomischen Instrumente der Konjunkturanalysen wie auch der Zeitreihenökonomie zugenommen hat. Schwierig ist es allerdings, das geistige Band zwischen diesen Fortschritten und der praktischen Diagnose- und Prognosetätigkeit auszumachen. Die Spitzen der Konjunkturforscher, die Sachverständigen, gehen „iterativ-analytisch“ (Weidmann, a.a.O., S. 743) vor, was im Wortsinne soviel wie schrittweise zerlegendes Vorgehen bedeutet. Welche Konjunkturtheorie hinter diesem Vorgehen steckt, wird nicht in nachvollziehbarer Weise offen gelegt. Damit begibt man sich des vielleicht wichtigsten Motors des wtF, der gehaltvollen Falsifikation.⁴

Schaut man über die Landesgrenzen zum amerikanischen Sachverständigenrat (Council of Economic Advisers) so belegen dessen Prognosen, dass es auch in den neunziger Jahren durchaus ein Potential für bessere Prognosen gegeben hätte.

Das Elend unzureichenden Wettbewerbs

Die Frage liegt nahe, warum der Bundesfinanzminister auf die Prognosen staatlicher Institutionen bei seiner Finanzplanung baut, wo es doch eine Vielzahl von Konjunkturprognosen pri-

⁴ Weidmann bringt noch weitere Argumente gegen Dicke/Glismann. Zu ihnen gehört dasjenige von den „vorläufigen“ Daten, mit denen Konjunkturprognostiker notwendigerweise rechnen müssten, und den „endgültigen“ Daten, die Dicke/Glismann zur Überprüfung der Prognosegüte verwendeten (Weidmann, a.a.O., S. 745 und 743). Aber: Diese Zwiespältigkeit gilt für den gesamten Untersuchungszeitraum. Sie wäre nur von Relevanz, wenn sie sich im Zeitablauf verstärkt hätte, wenn es also im Bereich der Statistik des Bundesamtes gewissermaßen Rückschritte gegeben hätte. Ein solcher Rückschritt wäre, würde er denn nachgewiesen, phänomenal.

vater Einrichtungen, wie Banken, Versicherungen, Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden gibt. Die Prognosen der Banken beispielsweise werden regelmäßig erstellt und veröffentlicht, und sie sind frei erhältlich. Die Begründung dafür, dass in Deutschland obendrein (so viele) staatliche Institutionen mit Konjunkturprognosen befasst sind, könnte lauten, dass diese aufgrund ihrer Unabhängigkeit von wirtschaftlichen Interessen die Konjunkturentwicklung zuverlässiger vorhersagen als private Einrichtungen. Eine höhere Prognosegüte ließe es allerdings für den Minister ratsam erscheinen, die staatlichen Prognosen zur Grundlage seiner Finanzplanung zu machen. A priori spricht viel für eine solche höhere Prognosegüte: Staatliche Institute sind stärker der Wissenschaft verpflichtet, näher am theoretischen Fortschritt und von wirtschaftlichen Interessen unabhängiger; die öffentlichen Netzwerke (Ministerien, Statistische Ämter etc.), in die staatliche Institute eingebunden sind, ermöglichen zudem einen besseren und rascheren Zugang zu knappen Informationen. Die Komparative implizieren die Erwartungen, mit denen man den Prognosen der privaten Institutionen begegnet: Sie müssten aus all diesen Gründen unterlegen sein. Das bedeutet, dass Prognosen staatlicher Institutionen in jedem Zeitpunkt besser sein müssen als Prognosen privater Einrichtungen (komparativ-statische Überlegenheit). Es bedeutet auch, dass die staatlichen Institutionen den methodischen, theoretischen und technischen Fortschritt besser nutzen und daher tendenziell die Prognosegüte stärker verbessern (dynamische Überlegenheit).

Im Folgenden geht es um die Überprüfung der These, dass Konjunkturanalysen und -prognosen staatlicher Einrichtungen besser sind als die Analysen und Prognosen privater Einrichtungen; dies gilt hinsichtlich der Treffsicherheit und/oder der Unverzerrtheit. „Oder“ bedeutet: Das Kriterium der Treffsicherheit schließt das Kriterium der Unverzerrtheit grundsätzlich ein. Nur wenn es den Prognosen an Treffsicherheit mangelt, gewinnt die Frage nach der Unverzerrtheit Relevanz.

Fraglos gibt es konkurrierende Hypothesen. Eine lautet, dass die Güte der Prognosen nur im Wettbewerb unabhängiger und voneinander unabhängiger Konjunkturforscher maximiert wird. Diese These leuchtet Ökonomen unmittelbar ein; sie haben gelernt, dass der Wettbewerb bessere Ergebnisse hervorbringt als bürokratische Systeme. Private Konjunkturforscher sind privaten Abnehmern (Investoren) verpflichtet; dass Investoren auf wenig treffsichere oder verzerrte Prognosen Wert legen, ist kaum begründbar. Anders mag es beim Finanzminister als Prognosenachfrager sein. Daher lautet eine weitere konkurrierende These, dass es dem Staat gar nicht um die Treffsicherheit von Prognosen geht, sondern darum, Prognoseeinrichtungen zu haben, die vom Staat finanziert und daher von den Präferenzen des jeweiligen Fi-

nanzministers nicht unabhängig sind. Zu diesen Präferenzen gehört auch die Vorliebe für frohe Botschaften in Bezug auf Verfassungskonformität der Staatsfinanzen (und auch auf die künftige Erfüllung des leidigen Defizitkriteriums des Maastricht-Vertrages). Dies wäre eine eigentliche, formal überzeugende Begründung staatlicher Konjunkturforschung. Der Nachteil einer solchen Abhängigkeit liegt auf der Hand, nämlich eine geringere Prognosegüte.

Empirische Überprüfung

Methoden

Die These von der Überlegenheit staatlicher oder staatlich finanzierter Forschungseinrichtungen bei Konjunkturprognosen soll auf der Grundlage des Konzepts vom relativen Prognosefehler (vgl. DG a, S. 168) überprüft werden. Dieser Fehler, im folgenden als DG-Fehler bezeichnet, ist als Koeffizient definiert, nämlich als Relation der Differenz von Prognosewert und tatsächlicher Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zum Trendwert der Änderungsrate des BIP; der Trendwert ist zeitabhängig⁵. Im Unterschied zu anderen Messkonzepten berücksichtigt der DG-Fehler die im Prognosezeitraum vorherrschende gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Dies ist dann wichtig, wenn die Qualität von Prognosen für unterschiedliche Zeiträume festgestellt werden soll.⁶ Wird der DG-Fehler für die Analyse von Prognosen unterschiedlicher Herkunft ermittelt, die alle den gleichen Zeitraum betreffen, führt der DG-Fehler zum gleichen Qualitätsurteil wie die bislang einschlägigen Messkonzepte.⁷

Die Qualität einer einzelnen Prognose zeigt sich an ihrer *Treffsicherheit*. Geht es um die Qualität der Prognosen einer Institution, so kann die Treffsicherheit zum einen als Summe der DG-Fehler über einen längeren Zeitraum hinweg gemessen werden (statische Treffsicherheit). Hierbei ist der jeweilige DG-Fehler absolut zu nehmen, das heißt, das Vorzeichen ist außer Acht zu lassen: Über- und Unterschätzungen der Veränderungsrate von BSP bzw. BIP sind gleichwertig. – Zum anderen ist für die Einschätzung einer Prognoseeinrichtung auch ihre

⁵ Der Trend wurde für den Beobachtungszeitraum (1964 bis 2001) berechnet.

⁶ Der DG-Fehler ist kritisiert worden, weil er, wenn die Zahl der Beobachtungen unendlich groß würde, gegen Null strebte (Weidmann, 2002, S. 744); vgl. hierzu auch DG c.

Fähigkeit zur Verbesserung der Prognosen heranzuziehen. Als Maß hierfür kann der Trend über den jährlichen absoluten DG-Fehler verwendet werden (dynamische Treffsicherheit); ein negativer Trend implizierte einen wissenschaftlich-technischen Fortschritt im Bereich der Wirtschaftsprognosen und die Nutzung dieses Fortschritts (Lernprozess).

Neben der Treffsicherheit drückt sich die Qualität von Prognoseeinrichtungen in der *Unverzerrtheit* ihrer Prognosefehler aus. Um eine mögliche Verzerrtheit (Bias) feststellen zu können, ist das Vorzeichen der Prognosefehler zu beachten: Unverzerrtheit kann dann angenommen werden, wenn die jährlichen Über- beziehungsweise Unterschätzungen der konjunkturellen Entwicklung sich im Zeitablauf die Waage halten, wenn also die Summe der DG-Fehler gegen Null geht. Auch bei diesem Qualitätsmerkmal lässt sich ein statischer und ein dynamischer Bias unterscheiden; letzterer könnte darauf hinweisen, dass die politischen Vorgaben an die Prognostiker deutlicher geworden sind und/oder dass ihnen im Zeitablauf verstärkt nachgegeben wurde.

Ergebnisse

Tabelle 1 enthält die Daten, die im folgenden zur Überprüfung der These von der Überlegenheit der Prognosen staatlicher Einrichtungen herangezogen werden; für die staatlichen wie auch für die privaten Einrichtungen wurden jeweils fünf Institutionen stellvertretend herangezogen (Vg. Fußnote b in Tabelle 1). Zunächst erstaunt, wie treffsicher die staatlichen und auch die privaten Prognosen für das laufende Jahr zuweilen waren, so vor allem in den Jahren 1989, 1993, 1994, 1999 und 2000. Allerdings ist hier zu beachten, dass zum Zeitpunkt der Abgabe der Prognose für das laufende Jahr der größere Teil des Prognosejahres schon gelaufen ist. In der Logik dieser Argumentation liegt die größere Streuung der Prognosen für das nächste Jahr. Doch gibt es auch hier eine erstaunliche Treffsicherheit in immerhin zwei Jahren, nämlich in den Jahren 1991 und 1999 wurden für das jeweils nächste Jahr zutreffende Prognosen gestellt.

Tabelle 2 gibt für jedes Jahr den aus Tabelle 1 und den Trendwerten der jährlichen Änderungsraten des BIP errechenbaren DG-Prognosefehler wieder. Bemerkenswert erscheint, dass

⁷ Ein hier nicht lösbares Problem beim Vergleich der Prognosequalitäten verschiedener Institutionen ist der jeweilige Zeitpunkt der Abgabe der Prognose. Beispielsweise mag die anderenorts (Döpke, Langfeldt 1995, S. 7) festgestellte überlegene Qualität der IfW-Prognosen auf dem relativ späten Abgabezeitpunkt (im Dezember des jeweiligen Jahres) beruhen.

die Prognosen für das nächste Jahr durchweg von Optimismus geprägt waren, besonders die staatlichen Prognosen, die Prognosen für das laufende Jahr jedoch nicht.

Entscheidend allerdings ist das Gesamtergebnis staatlicher beziehungsweise privater Vorhersagen des Konjunkturverlaufs über einen längeren Zeitraum. Schaubild 1 gibt einen ersten, visuellen Eindruck über das Gesamtergebnis; es zeigt die jeweilige Summe des DG-Fehlers der Vorhersage für das laufende und für das nächste Jahr. Eine deutliche Überlegenheit staatlicher Prognosetätigkeit ist nicht erkennbar. Von 13 Versuchen waren die staatlichen Prognostiker den privaten dreimal überlegen, nämlich in den Jahren 1990, 1991 und 2000; in zwei Jahren, 1994 und 1997, waren sie den privaten ebenbürtig. Die Behauptung, dass die Güte der Prognosen aufgrund der Inkommensurabilitäten der deutschen Wiedervereinigung gelitten habe, wird durch Schaubild 1 zur Legende.

Tabelle 3 enthält das detaillierte Ergebnis des Vergleichs staatlicher und privater Konjunkturprognosen:

- Die Treffsicherheit staatlicher Prognosen für das laufende Jahr war zwar in der Summe aller Jahre des Untersuchungszeitraums den privaten Prognosen überlegen. Bei den Prognosen für das nächste Jahr allerdings waren die staatlichen Prognostiker den privaten unterlegen. Addiert man die DG-Fehler beider Prognosen bestätigt sich der Eindruck, der sich in Schaubild 1 andeutete: Die Treffsicherheit staatlicher Prognosen war nicht besser, eher im Gegenteil.
- Die Koeffizienten für die dynamische Treffsicherheit verdeutlichen, dass es keinen signifikanten Fortschritt in der Qualität der Prognosen gegeben hat, nicht einmal bei den Prognosen für das laufende Jahr. Unterschiede zwischen staatlicher und privater Prognosetätigkeit sind dementsprechend nicht auszumachen.
- Voreingenommenheit der Prognostiker ist weder aus den staatlichen Prognosen für das laufende Jahr noch aus den entsprechenden privaten Prognosen abzulesen; die staatlichen Prognosen erreichen sogar den Idealwert des DG-Fehlers von 0,0. Bedenklicher ist es bei den für die Finanzplanung des Bundesfinanzministers wichtigen Prognosen für das nächste Jahr. Hier zeigt sich bei den staatlichen Prognosen ein stärkerer Bias als bei den privaten.

- Ebenso erstaunlich wie bedenklich ist, dass der Bias staatlicher wie privater Konjunkturprognosen im Zeitablauf signifikant zugenommen hat. Das nachlassende Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials hat offensichtlich den Konjunkturoptimismus der Forscher nicht trüben können.

Insgesamt ist eine Überlegenheit der staatlichen Konjunkturforscher weder bei der Treffsicherheit noch bei der Unverzerrtheit, weder in statischer noch in dynamischer Hinsicht auszumachen.

Fazit

Die These von der Überlegenheit staatlicher Konjunkturprognosen konnte nicht bestätigt werden. Damit stellt sich die Sinnfrage staatlicher Konjunkturforschung in Deutschland, und das nicht nur aus Kostengründen. Ob der etwas größere offenbarte Optimismus der staatlichen Prognostiker dem Finanzier als Begründung für ein Festhalten an der bisherigen Zuwendungspolitik reichen wird, kann offen bleiben. Durchaus denkbar wäre eine verstärkte Arbeitsteilung zwischen staatlichen und privaten Prognostikern, in der die staatlichen Institutionen noch mehr als bisher die Rolle übernehmen, die einst die Propheten hatten.

Tabelle 1 – Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts^a: Ist-Werte und Prognosewerte

Jahr	Änderung des BIP gegenüber dem Vorjahr in vH	Prognose für das laufende Jahr		Prognose für das nächste Jahr	
		staatlich ^b	privat ^c	staatlich ^b	privat ^c
1989	4,2	3,8	4,1	2,9	3,1
1990	5,5	4,0	3,9	2,9	2,9
1991	5,0	3,4	3,1	2,0	1,7
1992	1,8	1,2	1,2	0,8	0,4
1993	-2,0	-2,0	-2,1	0,5	0,6
1994	2,3	2,6	2,6	2,8	2,8
1995	1,7	2,2	2,3	2,4	2,3
1996	0,8	1,4	1,3	2,5	2,3
1997	1,4	2,4	2,4	2,8	2,9
1998	2,0	2,7	2,7	2,4	2,2
1999	1,6	1,4	1,5	2,6	2,8
2000	3,0	2,9	3,1	2,7	3,0
2001	0,6	0,7	1,0	1,3	0,9
2002	0,2				

^a 1988 bis 1992 BSP; 1988 bis 1993 ohne Gebiet der ehemaligen DDR. - ^b Durchschnitt der Prognosen der Institute: DIW, Ifo, IfW, RWI sowie SVR. – ^c Durchschnitt der Prognosen der Banken: CoBank, DB, DG/DZ, Dresdner und Hypo.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch, lfd. Jgg.; Sachverständigenrat, Jahresgutachten, lfd. Jgg.; Konjunkturberichte der Institute und Banken, 2. Halbjahr; eigene Berechnungen.

Tabelle 2 – DG-Prognosefehler^a: laufendes Jahr und nächstes Jahr

Jahr	Prognose für das laufende Jahr		Prognose für das nächste Jahr	
	staatlich ^b	privat ^b	staatlich ^b	privat ^b
1989	-0,2	0,0	-1,3	-1,2
1990	-0,7	-0,8	-1,1	-1,1
1991	-0,8	-1,0	0,1	-0,1
1992	-0,3	-0,3	1,6	1,3
1993	0,0	0,0	-1,1	-1,0
1994	0,1	0,1	0,7	0,7
1995	0,3	0,3	1,1	1,0
1996	0,4	0,3	0,7	0,6
1997	0,7	0,7	0,6	0,6
1998	0,5	0,5	0,6	0,5
1999	-0,1	-0,1	-0,3	-0,1
2000	0,0	0,1	1,8	2,1
2001	0,1	0,3	1,0	0,5
Summe	0,0	0,2	4,4	3,8

^a Prognosewert minus Ist-Wert in Relation zum Trendwachstum- ^b Zur Abgrenzung vgl. Tabelle 1.

Quelle: Vgl. Tabelle 1; eigene Berechnungen.

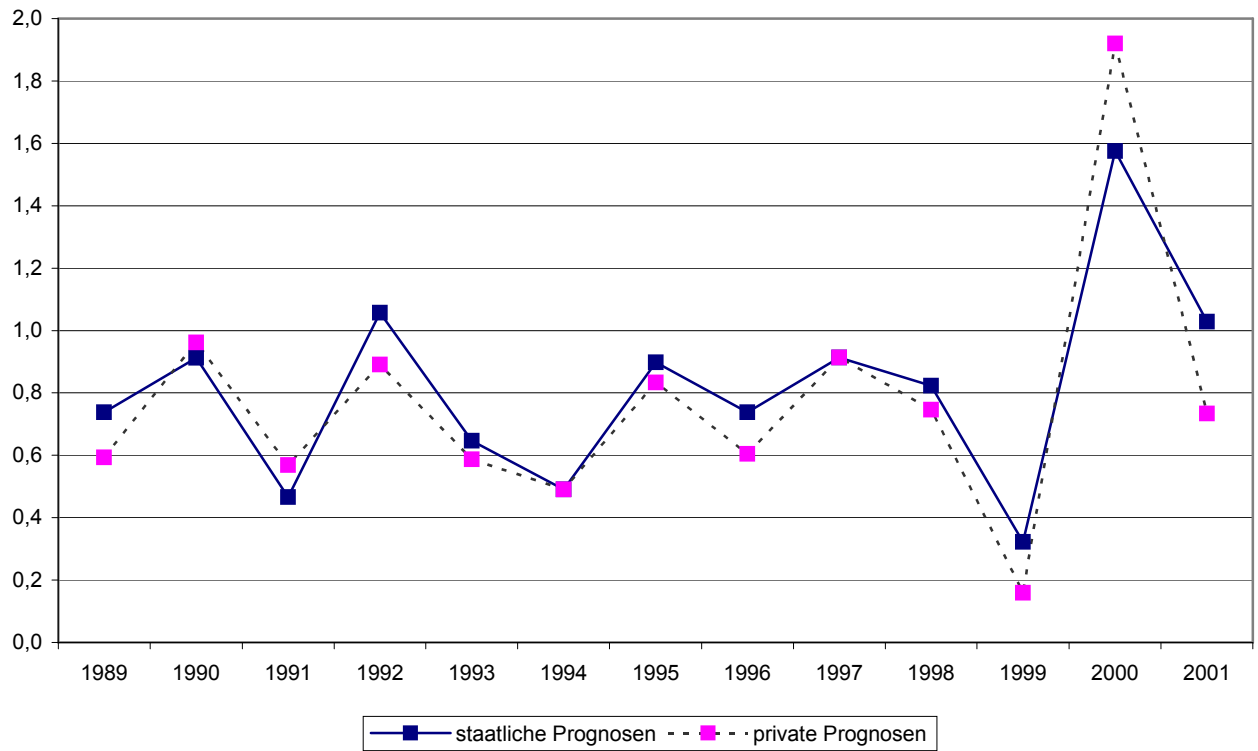
Tabelle 3 – Die Qualität staatlicher und privater Konjunkturprognosen^a

Art des Prognose- irrtums	staatliche Prognosen			private Prognosen		
	lfd. Jahr	nächstes Jahr	insg. abs.	lfd. Jahr	nächstes Jahr	insg. abs.
1. Treffsicherheit						
a. statisch ^b	2,5	8,1	10,6	2,8	7,2	10,0
b. dynamisch ^c	-0,007 (0,032)	0,033 (0,115)	0,025 (0,094)	-0,017 (0,044)	0,024 (0,047)	0,024 (0,052)
2. Bias						
a. statisch ^d	0,0	4,4	4,4	0,2	3,8	4,0
b. dynamisch ^e	0,067 (0,338)	0,149 (0,327)	0,216 (0,454)	0,079 (0,401)	0,146 (0,341)	0,226 (0,495)

^a Gemessen am DG-Prognosefehler; ^b Summe der absoluten Fehler; ^c linearer Trend über die absoluten Fehler: Koeffizient und R² in Klammern; ^d Summe der Fehler; ^e linearer Trend über die Fehler: Koeffizient und R² in Klammern.

Quelle: Tabelle 2; - eigene Berechnungen

Schaubild 1 - Zur Treffsicherheit staatlicher und privater
Konjunkturprognosen - Der DG-Prognosefehler 1989 bis 2001 -



Quelle: Vgl. Tabelle 2

Literaturverzeichnis

Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Erster Untersuchungsausschuß, Protokoll Nr. 5, 10. Februar 2003.

H. Dicke, H.H. Glismann [DG a]: Konjunkturprognosen und wissenschaftlich-technischer Fortschritt, in: Wirtschaftsdienst, 82.JG. (2002), H. 3, S. 167 ff.

H. Dicke, H. H. Glismann [DG b]: Haben sich die Konjunkturprognosen des Sachverständigenrats verbessert? In: Wirtschaftsdienst; 82. Jg. (2002), H. 12, S. 736 ff.

H. Dicke, H. H. Glismann [DG c]: Eine Antwort auf Jens Weidmann. In: Wirtschaftsdienst; 82. Jg. (2002), H. 12, S. 747f.).

J. Döpke: Haben Konjunkturprognosen in Deutschland einen politischen Bias?, in: Schmollers Jahrbuch 120 (2000), S. 598.

J. Döpke, E. Langfeldt: Zur Qualität von Konjunkturprognosen für Westdeutschland 1976-1994. Kieler Diskussionsbeiträge 247, Kiel September 1995, S.7.

J. Hübner, Globalisierung gestalten. In: Deutsches Pfarrerblatt, Heft 6/2003, S. 1.

IMF, World Economic and Financial Surveys, World Economic Outlook, Trade and Finance, Washington September 2002.

J. A. Schumpeter: Theoretical Problems of Economic Growth. In: J. T. Lambie, R. V. Clemence (Hrsg.), Economic Change in America. Readings in the Economic History of the United States. Harrisburg, Pennsylvania (1954).

H. Siebert, The Economic Integration of Germany – An Update. Kieler Diskussionsbeiträge 160 a, Kiel September 1990.

J. Weidmann: Hat sich die Prognosetreffsicherheit des Sachverständigenrates systematisch verändert? In: Wirtschaftsdienst; 82. Jg. (2002), H. 12, S. 741-747.

© 2004. Deutsche Bank AG, DB Research, D-60272 Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland (Selbstverlag). Alle Rechte vorbehalten. Bei Zitaten wird um Quellenangabe „Deutsche Bank Research“ gebeten.

Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen beruhen auf öffentlich zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten. Eine Garantie für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Angaben können wir nicht übernehmen, und keine Aussage in diesem Bericht ist als solche Garantie zu verstehen. Alle Meinungsäußerungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers/der Verfasser wieder und stellen nicht notwendigerweise die Meinung der Deutsche Bank AG oder ihrer assoziierten Unternehmen dar. Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Meinungen können sich ohne vorherige Ankündigung ändern. Weder die Deutsche Bank AG noch ihre assoziierten Unternehmen übernehmen irgendeine Art von Haftung für die Verwendung dieser Publikation oder deren Inhalt. Die Deutsche Banc Alex Brown Inc. hat unter Anwendung der gültigen Vorschriften die Verantwortung für die Verteilung dieses Berichts in den Vereinigten Staaten übernommen. Die Deutsche Bank AG London, die mit ihren Handelsaktivitäten im Vereinigten Königreich der Aufsicht durch die Securities and Futures Authority untersteht, hat unter Anwendung der gültigen Vorschriften die Verantwortung für die Verteilung dieses Berichts im Vereinigten Königreich übernommen. Die Deutsche Bank AG, Filiale Sydney, hat unter Anwendung der gültigen Vorschriften die Verantwortung für die Verteilung dieses Berichts in Australien übernommen. Druck: HST Offsetdruck Schadt & Tetzlaff GbR, Dieburg

Print: ISSN 1610-1502 / Internet: ISSN 1610-1499 / E-Mail: ISSN 1610-1480